

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung der Stadt Sassenberg für das Haushaltsjahr 2023

1. Haushaltssatzung der Stadt Sassenberg für das Haushaltsjahr 2023 vom 14.03.2023

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490), hat der Rat der Stadt Sassenberg mit Beschluss vom 09.02.2023 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	34.139.770,00 Euro
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	38.397.760,00 Euro

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	29.960.570,00 Euro
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	34.244.300,00 Euro

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	4.546.950,00 Euro
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	20.264.600,00 Euro

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	12.330.000,00 Euro
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	761.100,00 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

12.330.000,00 Euro

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

3.820.000,00 Euro

festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im

Ergebnisplan wird auf

4.257.990,00 Euro

festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

5.000.000,00 Euro

festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern sind für das Haushaltsjahr 2023 wie folgt festgesetzt worden:

1. Grundsteuer

- | | |
|---|-----------|
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf | 247 v. H. |
| 1.2 für die Grundstücke
(Grundsteuer B) auf | 479 v. H. |

2. Gewerbesteuer auf

415 v. H.

§ 7

entfällt

§ 8

Die Personal- und die Versorgungsaufwendungen sowie die hiermit unmittelbar im Zusammenhang stehenden Erträge und Aufwendungen bilden produktübergreifend ein Budget. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und die bilanziellen Abschreibungen bilden produktübergreifend ein Budget. Die Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen bilden produktübergreifend ein Budget. Die übrigen, nicht unter Sätzen 1 bis 3 aufgeführten Erträge und Aufwendungen bilden mit Ausnahme der Verfügungsmittel des Bürgermeisters innerhalb des Produktes, dem sie zugeordnet sind, je ein Budget. Die Personal- und die Versorgungsauszahlungen sowie die hiermit unmittelbar im Zusammenhang stehenden konsumtiven Einzahlungen und Auszahlungen bilden produktübergreifend ein Budget. Die übrigen konsumtiven Einzahlungen und Auszahlungen bilden mit Ausnahme der Verfügungsmittel des Bürgermeisters innerhalb des Produktes, dem sie zugeordnet sind, je ein Budget. Die Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen bilden innerhalb des Produktes, dem sie zugeordnet sind, je ein Budget. Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen innerhalb eines Budgets berechtigen zu Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen innerhalb eines Budgets. Die Bewirtschaftung eines Budgets darf nicht zu einer Minderung des Saldos aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit führen. Erhöhungen dieses Saldos innerhalb eines Produktes berechtigen zu Mehrauszahlungen für Investitionen innerhalb dieses Produktes.

§ 9

Die im Stellenplan bei der Gesamtzahl der Planstellen einzelner Besoldungs- und Entgeltgruppen angebrachten Vermerke „KW“ lösen nachstehende Rechtsfolge aus:

KW = Nach Ausscheiden des Stelleninhabers entfällt die Stelle.

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2023 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Nach § 2 Absatz 3 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung - BekanntmVO) vom 26.08.1999 (GV. NRW. S. 516/SGV.NRW. 2023) in der zurzeit geltenden Fassung wird bestätigt, dass der Wortlaut der Satzung - wie auch vorstehend abgedruckt - mit dem Beschluss des Rates vom 09.02.2023 - Tagesordnungspunkt 5.2- übereinstimmt und dass nach § 2 Absatz 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung verfahren worden ist. Die vom Rat beschlossene Satzung ist ordnungsgemäß zustande gekommen.

Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist gem. § 80 Absatz 5 GO NRW dem Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Warendorf mit Schreiben vom 13.02.2023 angezeigt worden.

Mit Verfügung des Landrats als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Warendorf vom 10.03.2023 wurde mitgeteilt, dass kommunalaufsichtliche Bedenken gegen die Festsetzungen der Haushaltssatzung 2023 und des Haushaltsplanes nicht bestehen und dass die Veröffentlichung der Haushaltssatzung 2023 erfolgen kann.

Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen liegt zur Einsichtnahme bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2023 im Rathaus Sassenberg, Schürenstraße 17, 48336 Sassenberg, Zimmer 404, zu den allgemeinen Dienstzeiten öffentlich aus.

Die zur Einsichtnahme verfügbar gehaltene Haushaltssatzung der Stadt Sassenberg für das Haushaltsjahr 2023 mit ihren Anlagen kann über die Homepage der Stadt Sassenberg www.sassenberg.de unter der Rubrik Rathaus/Rathaus online/Haushaltsdaten abgerufen werden.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass nach § 7 Absatz 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gegen diese Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Weiterer Hinweis:

Diese Bekanntmachung ist auch über das Internetangebot der Stadt Sassenberg verfügbar gestellt. Die Bekanntmachung kann über die Homepage der Stadt Sassenberg www.sassenberg.de unter der Rubrik Aktuelles/Bekanntmachungen abgerufen werden.

Sassenberg, 14.03.2023

STADT SASSENBERG
Der Bürgermeister


Josef Uphoff
Bürgermeister